

II-11235 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5337/W

1993-09-23

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Böhacker
und Kollegen
an den Herrn Bundeskanzler
betreffend die wirtschaftliche und soziale Lage in Österreich

Begründung

Seit nunmehr fast sieben Jahren wird dieses Land von einer Koalition bestehend aus SPÖ und ÖVP regiert.

Im Jahre 1987 erklärte Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky den hoffnungsfrohen Österreicherinnen und Österreichern, in welcher glücklichen Zukunft unsere Heimat dank der umsichtigen und geschickten Führung der emsigen Großkoalitionäre blicken könne.

Man werde, so verkündete Dr. Vranitzky in seiner Regierungserklärung vom 28. Januar 1987, in der Neuauflage einer Rot-Schwarzen Koalition auf "heute nur mehr schwer verständliche Erscheinungen, wie etwa die proportionale Besetzung von Posten und Leitungsfunktionen und das Abtauschen von politischen Einflußgebieten" verzichten.

Statt dessen gelte es, den neuen Herausforderungen zu begegnen, "Schwachstellen zu beseitigen und neue Konzepte zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu entwerfen - kurzum, unser Land braucht einen Modernisierungsschub".

Der Mangel an Problemlösungskompetenz in den ersten Koalitionsjahren, das reaktionslose Verschlafen der wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen der späten achtziger Jahre, der sorglose Verzehr von Rücklagen und der unverantwortliche Abverkauf von staatlichen Vermögenswerten wurden in ihren Folgen vorerst überdeckt von einer Spätblüte der Weltkonjunktur.

In der Regierungserklärung der Bundesregierung vor dem Nationalrat, verlesen von Bundeskanzler Dr. Vranitzky am 18. Dezember 1990, rühmte sich die Koalitionsregierung ihrer guten und erfolgreichen Zusammenarbeit.

Die große Steuerreform, die Wettbewerbsstärkung der "Verstaatlichten Industrie", eine offensive Familienpolitik, der Antrag auf Mitgliedschaft in der EG und eine bewußte Umwelt- und Verkehrspolitik seien volle Erfolge und wären in ihren positiven Auswirkungen für breite Schichten der Bevölkerung spürbar geworden.

Angesichts dieser spärlichen Bilanz der Regierungskoalition - wie falsch sie überdies noch war, liegt heute offen auf dem Tisch - scheint selbst für Herrn Bundeskanzler Dr. Vranitzky zusätzlicher "Erklärungsbedarf" erkennbar gewesen zu sein.

Ungewohnt selbstkritisch, jedoch gewohnt weitschweifig räumte er ein:

"Kommt eine Entscheidung rasch zustande, wird kritisiert, daß die Parteien ihre Konturen aufgegeben haben. Braucht eine Entscheidung einmal, gerade wegen dieser Konturen, länger, wird auch dieser Umstand kritisiert. Ich sage dies vorausschauend auf unsere Zusammenarbeit in den kommenden vier Jahren, bei der es mir vor allem darum geht, daß Erfolg und Arbeit

dieser Bundesregierung an der Erfüllung dessen gemessen werden, was wir uns an Arbeit für die kommende Legislaturperiode vorgenommen und im gemeinsamen Arbeitsübereinkommen festgelegt haben".

Diesem Wunsch des Bundeskanzlers kommen wir gerne nach.

Verlust des Industriestandortes Österreich:

Fast ein Drittel (ca. ÖS 700 Mrd.) unserer Wirtschaftsleistung entsteht direkt in der Industrie. Damit kommt diesem Wirtschaftszweig eindeutig die Motorfunktion für Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit, Steueraufkommen und Leistungsbilanz zu. Langwierige behördliche Genehmigungsverfahren, enorme Arbeitskosten für die Unternehmen (die sogenannten "Lohnnebenkosten" liegen bei 103% des Bruttolohnes und sind damit die "Hauptkosten"; die Lohnkosten in Rumänien und Bulgarien liegen bei nur 4%, in Korea und Taiwan bei etwa 25% der unseren) bei gleichzeitig unterdurchschnittlichem Einkommen der österreichischen Arbeitnehmer, der höchste, hauptsächlich von den Betrieben zu finanzierende Umweltschutzaufwand aller Industriestaaten in Prozent des BIP (1,94%) und eine einem Entwicklungsland angemessenen Forschungsintensität von nur knapp 1,5% des BIP (Deutschland, USA, Japan Schweiz je 3%) gefährden den Industriestandort Österreich.

In Scharen verlagern immer mehr Firmen, vor allem Autozulieferer (unmittelbar von der Krise der Automobilindustrie in der BRD betroffen), Maschinenbauer, Textilindustrie (Beschäftigungsrückgang im Juni 93 gegenüber dem Vorjahresmonat 13,3%; Rückgang des Produktionswertes im 1.Hj. 93 gegenüber Vergleichszeitraum 92 um 15,8%), Papierindustrie, Gießerei- und chemische Betriebe (zwei Dutzend in Ostasien entstehende Chemieanlagen-Großprojekte werden Europas und Österreichs Chemieindustrie mittelfristig arbeitslos machen) ihre Produktion von den österreichischen Standorten nach Osteuropa und Südostasien.

Als Folge davon fließen immer größere Investitionssummen aus Österreich ins Ausland. 1992 waren die österreichischen Standortinvestitionen im Ausland bereits mehr als doppelt so hoch wie die ausländischen Standortinvestitionen in Österreich, bis 1988 hatte noch ein klares Übergewicht der ausländischen Standortinvestitionen in Österreich bestanden.

Jahr	Österr. Standortinvest. im Ausland	Ausländ. Standortinvest. in Österreich
1990	ÖS 18,9 Milliarden	ÖS 7,3 Milliarden
1991	ÖS 15,0 Milliarden	ÖS 4,2 Milliarden
1992	ÖS 21.2 Milliarden	ÖS 9.8 Milliarden

Der Kapitalabfluß zwischen Österreich und dem Ausland brachte bis zu Beginn der Achtziger Jahre noch ein Plus, bis 1986 war ein Minus von 35 Milliarden Schilling zu beobachten, danach flossen bereits 86 Milliarden Schilling mehr ins Ausland als von dort nach Österreich. Durch die Abwanderung zahlloser Industriebetriebe ins Ausland und den damit verbundenen Verlust der Strukturen eines hochentwickelten Industriestandortes entsteht Arbeitslosigkeit und gerät zudem die Vielfalt der sozialen Schichtung unseres Landes aus den Fugen.

Insolvenzen:

Österreich wandelt nach siebenjähriger Regentschaft der unglückseligen Rot-Schwarzen Koalition am Rande des wirtschaftlichen Abgrunds. Berichte von Großinsolvenzen, wie etwa die des Assmann-Konzernes und der PWA (mit Passiva von 3 Milliarden Schilling die

größte Pleite der österreichischen Nachkriegsgeschichte!) beherrschen die Tagespresse, im Insolvenzfonds klaffte bereits im 1.Hj. 93 eine Lücke von 1,6 Milliarden Schilling (die PWA-Pleite war dabei noch nicht einmal berücksichtigt). Die Zinsen für die zur Schließung dieser Lücke benötigten Kredite bezahlt vorerst der Bund, letztlich werden dafür aber Beiträge der Betriebe verwendet werden müssen.

Allein im ersten Halbjahr 1993 hat sich die Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um über 40% erhöht, die Summe der geschätzten Insolvenzverbindlichkeiten erreichte bereits 1992 mit ÖS 23,6 Mrd. den höchsten Stand seit 1945 und wird weiter steigen.

Jahr	Fälle	Summe der Passiva i.Mio.S	betroffene Arbeitnehmer
1990	2677	12.200	9.200
1991	3356	13.500	13.200
1992	3658	23.600	15.500
1993(1.H.)	2474	20.680	14.650

Arbeitslosigkeit:

Die Arbeitslosenzahlen, mit 8,5% Ende Februar ebenfalls die höchsten seit 1945, erreichen in manchen Gegenden bereits 15% und steigen weiter. Selbst im diesjährigen August, einem typischerweise von Hochbeschäftigung gekennzeichneten Monat, lag die Arbeitslosenquote bei 5,6% (im Vergleich dazu 1992: 4,8%). Damit wurde unter einem sozialistischen Bundeskanzler die höchste Arbeitslosigkeit seit vier Jahrzehnten erreicht.

Bisher wurde für 1994 mit einer Arbeitslosenrate von 7,5% gerechnet, realistischer scheint jedoch – auch unter Berücksichtigung der jüngsten Personalabbaupläne der Verstaatlichten Industrie – ein Wert zwischen 8 und 9% zu sein.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine in den OÖN vom 23. Juli zitierte Äußerung von ÖGB-Präsident Verzetnitsch, wonach sich Österreich auch eine Arbeitslosenrate von 15% leisten könne!

Jahr	Arbeitslosenrate	Ausgaben für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe
1990	5,4%	
1991	5,8%	20,3 Milliarden S
1992	5,9%	22,9 Milliarden S
1993*	6,9%	25,0 Milliarden S
1994*	8,0%	28,0 Milliarden S

(*Prognose)

Die ständige Erhöhung der Arbeitslosenquote führt trotz Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge mit Jahreswechsel um 0,4% zu einer dramatisch anwachsenden Finanzierungslücke in der Arbeitslosenversicherung (ein Ansteigen der Arbeitslosenrate um 1% kostet etwa 4,2 Mrd. Schilling im Jahr). Die optimistischsten Schätzungen lauten für heuer auf ein Defizit von mindestens 7,6 Milliarden Schilling; Tendenz für 1994: stark steigend.

Die horrenden Kosten der Arbeitslosigkeit werden von einer weiter abnehmenden Zahl von Arbeitnehmern (deren Reallohn nach Prognosen ohnehin sinken wird) und von den unter dem schweren Druck der Rezession stöhnenden Betrieben über Steuer- und Beitragserhöhungen zu finanzieren sein.

Verstaatlichte Industrie:

Trotz der direkten Zuführung von 60 Steuermilliarden und Privatisierungserlösen von weiteren 25 Milliarden Schilling liegt die "Verstaatlichte" neuerlich am Boden. Eben erst als "gerettet" gepriesen, braucht unsere Staatsindustrie allein zur Bedeckung der AMAG- und der ÖMV-Verluste – soweit vorhersehbar – mindestens 18,2 bis 22 Milliarden Schilling zusätzlich und droht, den gesamten industriellen Sektor in Bedrängnis zu bringen.

Der Finanzmittelbedarf des Jahres wird z.B. im Mittagsjournal des 16. September folgendermaßen beschrieben:

- 4,7 Milliarden für die ÖMV
- 13,5 Milliarden für die AMAG
- 3,4 Milliarden Rückzahlung der ÖIAG ans Budget
- 4,0 Milliarden für "weitere Verluste" der AI

Unter Berücksichtigung notwendiger Infrastrukturmaßnahmen wird man wohl von einer Lücke von mindestens 30 Milliarden Schilling in den nächsten Jahren ausgehen können.

An eine Abdeckung der AMAG-Schulden durch einen ÖMV-Verkauf ist – zumindest in abschbarer Zeit – nicht mehr zu denken.

Noch im Juli sprach der ÖMV-Vorstand von einem ausgeglichenen Ergebnis, zwei Monate später gab derselbe Vorstand auf einmal Verluste von 2 Mrd. Schilling zu und bemerkte urplötzlich, daß die ÖMV innerhalb eines Jahres gut und gern tausend Mitarbeiter einsparen könne.

Welch trauriges Schauspiel, wenn der Aufsichtsratspräsident öffentlich seine "Überraschung" ob des Verlustes eingestehen muß und sogar der Herr Bundeskanzler ("ganz gegen seine Gewohnheit", wie sogar der Standard süffisant bemerkt!) "rasche Maßnahmen" fordert und der zuständige Minister Klima den Aufsichtsrat auffordern muß, den Vorstand unter Druck zu setzen.

Seit dem Jahre 1980 sank die Zahl der Beschäftigten in der Verstaatlichten Industrie dramatisch. Ihr Anteil der Beschäftigten in der Industrie ging im Zeitraum von 1980 bis 1990 von insgesamt 17,4% auf 11,2% zurück.

600 weitere Arbeitsplätze werden nun in der AMAG gestrichen, 1600 (und damit jeder achte dortige Arbeitsplatz) sollen es in der ÖMV sein. Während die übrige Industrie in den Jahren 1980 bis 1991 nur 8% ihrer Arbeitsplätze verlor, büßte die "Verstaatlichte Industrie" gleich mehr als 50% ihrer Arbeitsplätze ein.

Der nunmehrige Versuch, mittels einer neuen Bundeshaftung von 10 bis 14 Milliarden Schilling und der Ausgliederung von Böhler-Uddeholm, AMAG, AT&S, Schoeller-Bleckmann, VA Steinel und börsennotierten Beteiligungen aus der AI den Karren wieder flott zu bekommen, ist in seinen Erfolgsaussichten anzuzweifeln.

Die Nettoverschuldung der gegenwärtigen AI von ÖS 28,7 Mrd. bei einem Verschuldungsgrad von 153% soll so auf ÖS 3,7 Mrd. bei einem Verschuldungsgrad von 27% gedrückt werden; die Schulden der AI alt werden mit diesem Schachzug bei der ÖIAG versteckt und endgelagert.

Bilanz per 31.12.1992

Gegenwärtige AI:		AI in vorgeschlagener Struktur:
Eigenmittel	18.795	13.724
Nettoverschuldung	28.704	3.683
Verschuldungsgrad	153%	27%

(in Mio S)

Jene Herren, welche in den Vorstandsetagen für die Milliardenflops verantwortlich sind, gehen indessen entweder wohlversorgt in Pension, bekommen andernorts in der Staatsindustrie "eine neue Chance", wie z.B. ÖMV-Aufsichtsratspräsident Grünwald, der schon den ersten Verstaatlichten-Zusammenbruch 1986 nicht zu verantworten brauchte, oder steigen weiter auf – zum Beispiel zum Minister.

Die Rechnung geht in jedem Falle an die Steuerzahler.

Während die Bundesregierung die wenigen bis vor kurzem noch halbwegs gesunden Staatsbetriebe, namentlich die AUA, die DDSG, die Hütte Linz, die VA Industrieanlagenbau oder etwa die ÖMV entweder verschleudert oder ruiniert, während haarsträubende wirtschaftspolitische Fehler, wie etwa der Beschluß des Tropenholzgesetzes "passieren" und die Veröffentlichung unausgereifter Gesetzesentwürfe nach Art des absolut untauglichen Initiativantrages zum 3. Wohnrechtsänderungsgesetz die Illusion bewahren soll, die Regierung wäre zu handeln imstande, steigt die Belastung der arbeitenden Menschen in diesem Lande ins Unerträgliche.

Pensionsversicherung:

Durch die sogenannte Pensionsreform ist die langfristige Sicherung der Pensionen nicht gesichert worden. Gesichert wurden für die Österreicherinnen und Österreicher nur steigende Beiträge sowie die Aussicht auf niedrigere Pensionen und unzureichende Pensionsanpassungen. Künftige Bundesregierungen werden vor dem Problem stehen, die zu einem früheren Zeitpunkt versäumte Reform in Richtung einer dauerhaften Finanzierbarkeit zu einem wesentlich ungünstigeren Zeitpunkt nachholen zu müssen. Die Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung steigen laufend und betragen schon 1993 ÖS 65 Milliarden, also etwa die Höhe des ursprünglich geplanten Netto-Budgetdefizites.

Staatsverschuldung:

Die Staatsverschuldung übersprang mit 30. Juni 1993 erstmals die Grenze von eintausend Milliarden Schilling (1 Billion!), die geplante Neuverschuldung von 60 Milliarden Schilling in diesem Jahr ist bereits jetzt um voraussichtlich 50% auf etwa 90 Milliarden Schilling nach oben zu korrigieren.

1992 wurden für den Zinsendienst 72,5 Milliarden Schilling aufgewendet, was bedeutet, daß der Finanzminister in diesem Jahr jeden 5. Schilling aus dem ihm verbleibenden Steuereinnahmen für Zinsenzahlungen verwenden mußte. Allein für die Bedienung der derzeit laufenden Verpflichtungen sind vorerst bis zum Jahr 2002 jährlich geschätzte 80 Mrd. Schilling aus dem Budget zu zahlen. Bis 1996 wird der Zinsendienst um jährlich rund 7% und damit deutlich stärker als das Bruttoinlandsprodukt steigen. Bereits 1991 lag die öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung bei ÖS 139.800.

Prognostizierte Finanzschuld jeweils zum 31.12.:

Jahr	Finanzschuld	Finanzschuld in % des BIP		
		Jahr	Österreich	Schweiz
1991	937,7 Mrd.	1986	43,4	7,6
1992	992,0 Mrd.	1988	47,7	5,7
1993	1.070,4 Mrd.	1990	47,9	5,3
1994	1.184,8 Mrd.	1992	48,9	6,0
1995	1.304,3 Mrd.	1993	49,2	
1996	1.427,3 Mrd.	1994	52,9	
		1995	54,7	
		1996	56,2	

(Quelle: Bericht der Österr. Postsparkasse)

Steuerlast:

Immer drückender wird die Belastung der Staatsbürger mit Steuern und Abgaben. Über 883 Milliarden Schilling, das sind runde 43,4% der gesamten österreichischen Wirtschaftsleistung kassierten Staat und Sozialversicherungen im Jahr 1992 bei den Bürgern, um 9,6% mehr als noch im Jahre 1991. Damit lag die Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Prozent des Bruttoinlandsproduktes) über dem bisherigen historischen Höchstwert von 43,1% aus dem Jahre 1985 und stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte.

Steuerreform:

Zu den (angeblichen) durch die Steuerreform bewirkten Vorteilen und Steuererleichterungen kommt eine Vielzahl von Belastungen. Trotz der als positiv zu bewertenden Abschaffung diverser Steuern wird sich in der gegenwärtigen Phase der Rezession und der Arbeitslosigkeit vor allem ein Punkt fatal auf die Lage der österreichischen Wirtschaft und den Arbeitsmarkt auswirken: Die weitergehende Besteuerung der Arbeitskraft.

Der Jubel um die Beseitigung der Gewerbesteuer läßt viele übersehen, daß eine sogenannte Kommunalabgabe eingerichtet wird, die 3% der Lohnnebenkosten beträgt. Damit wurde nicht nur der Steuersatz um 50% erhöht, sondern auch die meisten Ausnahmeregelungen wurden gestrichen. Steuerpflichtig sind daher nicht mehr ausschließlich jene Unternehmen, die bisher gewerbesteuerpflichtig waren, sondern nunmehr alle Unternehmen und Betriebe, die Arbeitskräfte beschäftigen. So werden beispielsweise Behindertenverbände und andere karitative Einrichtungen, die hauptberuflich Mitarbeiter beschäftigen, Abgaben leisten müssen. Von dieser Abgabe befreit werden sollen nur die ÖBB und gemeinnützige Krankenanstalten.

Mit Inkrafttreten der Steuerreform wird zwar die Kreditsteuer in ihrer derzeitigen Form abgeschafft, das Kreditsteuergesetz 1993 führt dagegen erstmalig eine Kreditsteuer in Höhe von jährlich 0,125% der ausstehenden Kreditsumme ein. Das bedeutet eine Belastung für alle jene Haushalte, aber auch für Gebietskörperschaften, die bereits Kredite laufen haben, da das Kreditsteuergesetz nicht nur auf Ausnahmeregelungen fast zur Gänze verzichtet, sondern die Kreditsteuer auch von jenen Kreditnehmern in voller Höhe zu zahlen ist, welche die bislang geltende Kreditsteuer bereits gezahlt haben.

Betreffen wird diese Steuer vor allem Wohnbaukredite, die in der Regel sehr lang laufen.

Durch die Verschiebung der Fälligkeit verschiedener Steuern und durch die im November vorgesehene Sonder-Einhebung der Umsatzsteuer in Höhe des durchschnittlichen Steuer-

satzes wird der Finanzminister 1994 13x die Umsatzsteuer und daher rund 13 Mrd. mehr kassieren. Dies dient rein der Verschleierung des tatsächlichen Budgetdefizites und ist daher abzulehnen.

Budgetdefizit:

Aus dem Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP:

"Die Budgetkonsolidierung hat eine zentrale Rolle durch eine Einschränkung des Ausgabenwachstums in Kombination mit einem strikten Budgetvollzug. Die Budgetkonsolidierung muß auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden".

Dieses Ziel wird nun anscheinend nicht weiter verfolgt, das Budgetdefizit ist im Steigen begriffen. Stark im Ansteigen sind aber gleichzeitig die außerbudgetären Finanzierungen. Allein die zahlenmäßige Übersicht über die geschätzte Entwicklung des Budgetdefizites genügt, um dessen rasenden Anstieg näherzubringen.

Jahr	Budgetdefizit
1992	66,3 Mrd. ÖS
1993	78,8 Mrd. ÖS
1994	114,4 Mrd. ÖS
1995	119,4 Mrd. ÖS
1996	123,0 Mrd. ÖS

Angesichts dieser Prognosen muß man sich die Frage stellen, was für die Regierungsparteien "zeitlich limitiert" bedeutet, wenn sie sagen, daß eine zeitlich limitierte Erhöhung in Kauf genommen werden muß, der angestrebte Konsolidierungskurs der Bundesregierung aber fortgesetzt werden soll.

Im Budget-Voranschlag zum Budget 1993 war ein Defizit von 64 Mrd. vorgesehen, die Untergrenze des Budget-Defizites 1993 dürfte bei 80 Mrd. liegen, realistischer erscheint dagegen ein Nettodefizit von 90 Mrd. zu sein.

Für das Jahr 1994 droht ein Nettodefizit von jedenfalls mehr als 100 Mrd. Schilling.

Der Familienlastenausgleichsfonds wird zwar heuer ausgeglichen bilanzieren, muß aber seine Reserven aufbrauchen. Bleibt es bei der derzeitigen Regelung der Finanzierung des Karenzurlaubes, so wird es im nächsten Jahr ein Defizit von 2,2 Mrd. ÖS geben.

Als Abgänge aus dem FLAF sind u.a. Familienbeihilfe (34 Mrd.), Karenzurlaubsgeld (5,2 Mrd), Pensionsbeiträge (1,7 Mrd.), Einkommens- und Körperschaftssteueranteil (14 Mrd.) verzeichnet worden. Derzeit schuldet der Bund dem FLAF 1,5 Mrd. ÖS für Beiträge, die er aus dem Reservefonds zur Budgetfinanzierung entnommen und noch nicht zurückbezahlt hat.

Auch die Aufhebung der Zweckbindung der Mineralölsteuer MÖST hat ihre Auswirkungen auf das Budget. Durch Aufhebung der Zweckbindung für den Straßenbau Ende der 80er Jahre sind ÖS 25 Mrd. zusätzlich in das Budget geflossen; jetzt steht die Straßenbaufinanzierung laut einem Pressedienst von Staatssekretärin Fekter vor dem Kollaps.

Allein 7 Milliarden Schilling werden im nächsten Budget zusätzlich notwendig sein, um den Beamten bei der Gehaltsrunde wenigstens die Inflation abzugelten.

Die österreichische Industrieproduktion fiel im Juli 93 um 8,7% unter das Vorjahresniveau, die Exporte des Juni 93 lagen um 6,6% unter denen des Vorjahres für 1993, die Arbeitslosenrate im August 93 lag schon bei 5,6%, die österreichische Wirtschaft (BIP) wird im Jahr 1993 erstmals wieder schrumpfen (-0,8%, Prognose WIFO 6/93).

Daneben feiern peinlicher Postenschacher und Proporzsystem in allen Bereichen des öffentlichen Lebens – vom Schuldirektorsposten bis zu den Straßenbausondergesellschaften, vom Verbund über den ÖBB-Vorstand, von den 28 Sozialversicherungsgesellschaften bis zum Verwaltungsgerichtshof – fröhliche Urständ'.

ÖBB:

Die ÖBB stellen dank der schier unglaublichen Mißwirtschaft in diesem Bereich eine der größten Brocken im Budget dar: alles in allem wird der Steuerzahler heuer zwischen 40 und 50 Milliarden Schilling ('Bundeszuschuß', zusätzliche Verluste und Investitionen) für die ÖBB zu zahlen haben.

Damit aber nicht genug: ab dem nächsten Jahr werden noch zusätzlich gewaltige Beträge für die Kapitalausstattung des ausgegliederten Unternehmens Bahn fällig, die Schätzungen über die notwendige Summe reichen von 40 Mrd.S bis zum Dreifachen; erst kürzlich wünschte sich der neue ÖBB-General Draxler zusätzliche Investitionen in Höhe von 150 Mrd.S. Angesichts dieser Dimensionen – ein Finanzbedarf von 200–300 Mrd.S in den nächsten Jahren – erscheint es geradezu harmlos, daß die ÖBB in den letzten Jahren einen Schuldenberg in der Höhe von – laut Minister Klima – 22 Mrd.S aufgehäuft haben, obwohl sie dies aufgrund der haushaltsrechtlichen Bestimmungen (keine Rechtspersönlichkeit) bisher gar nicht gedurft hätten.

Dabei wäre ja grundsätzlich gegen einen Investitionsschwerpunkt bei der Bahn nichts einzuwenden, könnte man damit erreichen, daß der Straßen- (güter-) verkehr tatsächlich von der Straße auf die umweltfreundlichere Schiene verlagert wird. Davon kann aber keine Rede sein, ganz im Gegenteil:

1992 stiegen die Straßentransporte um 2,5% an, während jene auf der Bahn um 10,6% sanken. Noch schlimmer im Brennertransit: Der LKW-Anteil stieg um 11,1%, jener der Bahn sank um 6,4%.

Offensichtlich sind die Milliarden also nicht in den produktiven Bereich der Bahn geflossen, sondern irgendwo im bürokratischen Dschungel versickert.

Bekanntlich wurde unter dem Eindruck der ständig steigenden Verluste das neue ÖBB-Gesetz beschlossen, das aber zumindest für die nächsten Jahre – siehe oben – eher noch höhere Belastungen für den Steuerzahler verspricht.

Auch das 'Sparen' bei den 'gemeinwirtschaftlichen Leistungen', die bisher rund 15 Mrd.S kosteten und die ab dem kommenden Jahr großteils von den Ländern bezahlt werden sollen ('selbstverständlich' erhielten sie dafür keine Mittel aus dem Finanzausgleich) ist von äußerst zweifelhaftem Wert: Entweder muß abermals der Steuerzahler – diesmal eben über die nunmehr den Ländern zugestandene Mineralölsteuer – dafür aufkommen, oder aber die Verkehre (insbesondere Nebenbahnen) werden eben – unter Inkaufnahme des wirtschaftlichen Schadens – eingestellt.

Einen echten Einsparungsdruck bei den Kosten der Betriebsführung – beispielsweise auch durch die Konkurrenz von Privatbahnen – wird es jedenfalls nicht geben, dafür – und für die deshalb weiter steigenden Kosten – garantiert der Verkehrsminister.

Privatverschuldung und Wohnungsnot:

Ein immer höherer Prozentsatz unserer Mitbürger fällt unter die Armutsgrenze, immer drückender wird die Wohnungsnot (schon 190.000 Österreicherinnen und Österreicher sind als Wohnungssuchende registriert).

Die Privatverschuldung in Österreich nimmt immer größere Dimensionen an, rund 120.000 Haushalte sind praktisch zahlungsunfähig. Diese Zahl hat sich seit dem Jahre 1980 mehr als verdoppelt. 15 von 100 Österreichern haben Bankkredite laufen, insgesamt waren 1991 Kredite in Höhe von 721 Mrd. ÖS aushaftend, 2 Drittel davon dienten der Finanzierung von Wohnraum. Bereits 18,7% ihres Einkommens müssen die Österreicherinnen und Österreicher für Wohnung (inkl. Heizung und Strom) ausgeben, sogar in der sündteuren Schweiz wohnt man billiger!

Trotz Wohnungsbedarfs ist die Wohnbauleistung in Österreich – im internationalen Vergleich – verhältnismäßig gering. 1992 lag Finnland mit 13,1 fertiggestellten Wohnungen je 100.000 Einwohnern an der Spitze, Österreich rangierte mit 4,7 Wohnungen im letzten Drittel hinter Irland und knapp vor der Türkei.

Landwirtschaft:

Der Mehrzahl der noch verbliebenen österreichischen Landwirte droht das "Aus". Heuer, so schätzt Landwirtschaftsminister Fischler, wird es erstmals weniger als 200.000 Berufstätige in der Landwirtschaft geben. Die Einkommensentwicklung und die Ängste vor EG- und GATT-Auswirkungen machen die bäuerliche Arbeit immer weniger attraktiv. Damit sind – unter einem "schwarzen" Landwirtschaftsminister – nicht einmal mehr 20% der über eine Million in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg vorhandenen landwirtschaftlichen Arbeitsplätze erhalten geblieben.

Die Einkünfte der Landwirte sind im Vorjahr zwar nominell um 4% gestiegen (real gab es keine Steigerung), der Grund dafür war jedoch eine Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse. Ohne die Mittel aus dem Katastrophenfonds (ÖS 1,9 Mrd.) zum Ausgleich der Dürreschäden wäre die agrarische Einkommensentwicklung negativ gewesen.

Heuer werden Österreichs Landwirte Verluste erleiden, ohne daß seitens der Bundesregierung Einigkeit bezüglich Kompensationen und Direktzahlungen besteht.

Wie man es von einer anständigen, leistungsfähigen Bundesregierung erwarten kann, hat auch das Kabinett Vranitzky III längst Rezepte zur Bewältigung der Krise erarbeitet:

1. Die Regierung reist.
2. Die Regierung fordert.
3. Die Regierung streitet.

Ad 1 Von China bis nach Kasachstan, von Ägypten bis Südamerika versuchen reisefreudige Regierungsmitglieder lukrative Aufträge für Österreichs darniederliegende Wirtschaft an Land zu ziehen.

Skepsis ist jedoch geboten, wenn tatsächlich Meldungen von sogenannten "Verkaufserfolgen"

der Regierungsvertreter – besonders im verstaatlichten Bereich – verbreitet werden. Exporte in finanzschwache Länder, die durch Staatsgarantien oder die österreichische Kontrollbank – jedenfalls aber durch den österreichischen Steuerzahler – garantiert werden, verführen dazu zu glauben, man müsse auf den rauen Weltmärkten nicht mehr "wirklich etwas verkaufen".

"Haben die Herren Abteilungsleiter, Geschäftsführer, auch die Außendienst-Verkäufer nach ihrem First-Class-Flug vom süßen Honig des leichten Abschlusses gekostet, scheuen sie die rauhe Wirklichkeit des westlichen Marktes. Es ist leichter, jemandem etwas verkaufen zu können, der genau weiß, daß er die abgenommene Ware nicht bezahlen muß. Ganze Industriekomplexe wurden und werden auf diese Art und Weise "verteilt" (Erfolg, 10/1992).

Trauriger Erfolg dieser "Bemühungen" ist, daß bereits Ende 1991 die Staatliche Kontrollbank mit 113 Milliarden Schilling für Exporte in den Osten haftete. Ein Großteil davon ist für immer verloren, wie jene zwei Dutzend Milliarden Schilling, die Österreich dem Schuldnerland Polen erläßt.

Ad 2 Einfallsreich ist die Bundesregierung auch, wenn es darum geht, neue Geldquellen durch zusätzliche Belastungen der Staatsbürger zu eröffnen:

Von der Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes bis zu höheren Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen, von einer Erhöhung der Lohnsummensteuer und der Körperschaftssteuer sowie der Beiträge zum Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds bis zu "befristet" einzuhebenden "Solidarbeiträgen" reicht die Palette der Vorschläge.

Ad 3 Endgültig lahmgelegt und zur Bewältigung der schwierigsten wirtschaftlichen und politischen Situation in Österreich seit 1945 absolut unfähig ist die Regierungskoalition jedoch vor allem auf Grund der beständigen Zerwürfnisse und inhaltlich unvereinbaren Standpunkte in fast allen gegenwärtig für unsere Heimat wichtigen politischen Fragen.

Der Schaden, der dieser Republik durch die ständigen Kontroversen zwischen den Koalitionsparteien erwächst, ist gigantisch; kein Tag vergeht, an dem sich nicht die einzelnen Regierungsmitglieder gegenseitiges Versagen vorwerfen.

Aus der Vielzahl der koalitionsinternen Freundlichkeiten:

VP-Generalsekretärin Korosec wittert Säumigkeit des Gesundheitsministers Ausserwinkler in allen zentralen Gesundheitsfragen. Seine Politik bestehe nur aus Gags, bei seinen Lösungsvorschlägen setze er bloß auf Zwangsmaßnahmen.

VP-Generalsekretär Ferdinand Mayer kritisiert massiv die Arbeit der EG-Staatssekretärin Brigitte Ederer. Sie sei ihrer Aufgabe, die Bevölkerung auf ein "Ja" zur Gemeinschaft einzustimmen, nicht gewachsen, es mangle ihr an Phantasie und Durchschlagskraft.

VP-Bildungssprecher Gerhard Schäffer bemängelt, Herr Minister Scholten habe nicht dafür Vorsorge getroffen, daß – gemäß der Regierungsvereinbarung – ab nächstem Jahr die Nachmittagsbetreuung für Schüler sichergestellt sei. Es fehle der Finanzierungsplan.

SP-Zentralsekretär Marizzi merkt an, die bisherige Debatte zur "Verstaatlichten Industrie" mit Vizekanzler Busek sei sinnlos, weil dieser "industriefeindlich" sei.

SP-Abg. Koppler wirft Vizekanzler Busek wirtschaftliche Inkompetenz vor und fragt, wie lange sich die ÖVP noch einen Obmann leisten könne, der derart "dequalifizierende Aussagen" treffe.

SP-Cap: "ÖVP betreibt sture Interessenspolitik".
 "Schmutziges Doppelspiel der ÖVP beim Tiertransportegesetz".
 "Die ÖVP blockiert rasche Hilfestellungen zur Überwindung der Rezession"
 "Die ÖVP hat nicht verstanden, was notwendig ist in Europa"
 "Provinzielle Europapolitik der ÖVP"
 "Blanker Zynismus Stummvolls gegenüber den Arbeitslosen"

Die unterzeichneten Abgeordneten sind sich darin einig, daß – angesichts des Mangels an Problemlösungskompetenz, des gehässigen Tonfalles und der dauernden gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen ÖVP und SPÖ – diese Bundesregierung nicht in der Lage sein wird, auch nur die wichtigsten der schwerwiegenden wirtschaftlichen Probleme dieses Landes bis zum Ablauf der Legislaturperiode in den Griff zu bekommen.

Die Freiheitliche Partei weiß um die Leistungsfähigkeit dieses Landes und seiner Bevölkerung unter geordneten Bedingungen und bedauert, daß das weitere Abwarten und der Versuch der Koalition, die gesamte Gesetzgebungsperiode "auszusitzen", dem Land Österreich weiteren schweren Schaden zufügen wird.

Wie wenig der Rot-Schwarze Pakt dazu geeignet ist, in Zeiten ungünstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen positive Entwicklungen zu initiieren und für sozialen Ausgleich und wirtschaftliche Konsolidierung zu sorgen, ist längst auch für die Medien augenscheinlich.

So schreibt P.M. Lingens in der "Wirtschaftswoche" schon am 2. Juli 1992:

"Wozu noch eine große Koalition? Sie wird uns erhalten bleiben, ohne weitere Leistungen zu erbringen. (...) Sie führt die großen unpopulären Reformen, um deretwillen die Wähler sie primär bejaht haben, nicht durch".

In dem selben Presseorgan, unter dem Titel "Verurteilt zur großen Koalition?", vermutet Hans Rauscher am 4. März 1993 gar:

"Man muß ohne Selbstbetrug formulieren: Die große Koalition hat auch noch andere wichtige Funktionen, aber eine ihrer wichtigsten ist es derzeit, Haider den Weg solange zu versperren, bis sich seine politische Energie und Attraktivität erschöpft haben".

Diese Aufgabe scheint besonders für den Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky und seinen Vizekanzler Busek – abgesehen von der Angst vor dem Wähler – tatsächlich das einzige Motiv für die Aufrechterhaltung der ungeliebten Allianz zu sein.

Gemäß Teil 2 der Anlage zu § 2 des BMG obliegen dem Bundeskanzler Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik einschließlich der Koordination der gesamten Verwaltung des Bundes, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt. Dazu gehören unter anderem:

- * Vorbereitung der allgemeinen Regierungspolitik
- * Wirtschaftliche Koordination
- * Zusammenfassende Behandlung der Angelegenheiten der Strukturpolitik

- * **Angelegenheiten der Information der Regierung; Information der Öffentlichkeit über die Arbeit der Regierung**

Darüberhinaus hat der Bundeskanzler selbstverständlich in vollem Umfang die politische Verantwortung gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit für das Scheitern der Wirtschaftspolitik seiner Regierung zu tragen.

Aus den oben genannten Gründen richten daher die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die folgende

Dringliche Anfrage

- 1.) Wie stehen Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, heute zu Ihrer Aussage in der Regierungserklärung vom 18.12.1990, wonach die Wettbewerbsstärkung der "Verstaatlichten Industrie" ein voller Erfolg sei"?
- 2.) Stimmen Sie Ihrem Koalitionspartner ÖVP zu, der schon im November des Vorjahres den Versuch der Sanierung der Verstaatlichten schlicht als "gescheitert" erklärte?

Sind Sie der Ansicht, der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr habe als Eigentümervertreter seine Aufgaben zur Zufriedenheit des Steuerzahlers erfüllt?

In welchem Ausmaß trifft Ihrer Ansicht nach den nunmehrigen Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und ehemaligen Finanz- und Personalchef der ÖMV, Mag. Klima, ein Verschulden an der extrem negativen Entwicklung der ÖMV?
Hat der Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr nach wie vor Ihr Vertrauen?

- 3.) Welche Konsequenzen sollten Ihrer Ansicht nach aus dem neuerlichen Debakel der Verstaatlichten Industrie gezogen werden und welcher Art sollten die von Ihnen nun Bekanntwerden der ÖMV-Verlust geforderten "raschen Maßnahmen" sein?
- 4.) Welche freiwilligen Konsequenzen erwarten Sie von den für das neuerliche Desaster der Verstaatlichten Industrie verantwortlichen Managern; welche Konsequenzen werden Sie einfordern?
- 5.) Halten Sie es für eine gute Idee, Schulden der AI in Höhe von fast ÖS 25 Mrd. zusätzlich bei der ÖIAG zu verstecken?
Auf welche Summe werden sich die Gesamtverbindlichkeiten der ÖIAG durch die Übernahme der maroden AI-Betriebe erhöhen und wie sollen diese enormen Verbindlichkeiten je abgebaut werden?
- 6.) In welcher Höhe sollen neue Bundeshaftungen für die Verstaatlichte Industrie übernommen werden?
Innerhalb welcher Frist sollen die geforderten neuen Haftungen des Bundes für Kredite an die Verstaatlichte Industrie gelöscht werden und welche Garantien werden dafür geboten?
Welche Bundeshaftungen für die Verstaatlichte Industrie werden voraussichtlich in

welcher Höhe in den nächsten Jahren schlagend werden?

- 7.) Welche finanziellen Mittel wird die Verstaatlichte Industrie (ÖIAG und AI) Ihrer Einschätzung nach für welche Zwecke in den nächsten Jahren benötigen und woher sollen diese Mittel genommen werden?
- 8.) Welche Beträge müssen für Zinszahlungen des Staates für Verbindlichkeiten der Verstaatlichten Industrie in den nächsten 15 Jahren aufgebracht werden?
- 9.) Welche Mittel mußten seit 1986 aufgebracht werden, um die Sozialpläne der Verstaatlichten Industrie zu finanzieren?
- 10.) Die Rückzahlung der ÖS 3,4 Mrd. von der ÖIAG an das Budget gehörte zu den Vereinbarungen des Koalitionspaktes zwischen ÖVP und SPÖ und wurde noch Anfang 1993 von ÖVP-Finanzstaatssekretär Ditz zur "Nagelprobe der Koalition für 1994" erklärt.
Wie stellt sich die Koalitionsregierung nach dem offensichtlichen Bruch dieser Vereinbarung die Frage der Rückzahlung der 3,4 Mrd. vor, bis wann soll die Rückzahlung erfolgen und wodurch sollen die notwendigen Mittel erwirtschaftet werden.
- 11.) Stimmen Sie der von Vizekanzler Dr. Busek geäußerten Ansicht zu, die "Austrian Industries" sollten einen anderen Namen wählen, um den Ruf der österreichischen Industrie im Ausland nicht noch weiter zu demolieren?
- 12.) Welche Entwicklung des Industriestandortes Österreich erwarten Sie in den nächsten Jahren?
Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die massiven Wettbewerbsnachteile der österreichischen Industrie unter Kontrolle zu bringen und die negativen Auswirkungen dieser Wettbewerbsnachteile zu vermindern?
- a.) Werden Sie sich für eine relative Verringerung des Anteils der Lohnnebenkosten an den gesamten Lohnkosten einsetzen?
- b.) Wie wollen Sie den Industriebetrieben ermöglichen, die Wettbewerbsnachteile auf den internationalen Märkten auszugleichen, die diesen durch die Erfüllung der europaweit höchsten Umweltschutznormen zwangsläufig entstehen?
- c.) Gibt es Ihrerseits Pläne dafür, wie es zu einer Beschleunigung behördlicher Genehmigungsverfahren für Industriebetriebe in Österreich kommen kann?
- d.) Durch welche anderen Maßnahmen wollen Sie erreichen, daß Österreich als Industriestandort wieder an Attraktivität gewinnt?
- 13.) Wie hoch ist die aktuelle Verschuldung des Insolvenz-Ausfallsgeld-Fonds und wie hoch wird dessen Überschuldung am planmäßigen Ende der Legislaturperiode voraussichtlich sein?

Wie sorgen Sie für eine Bedeckung der Schulden des Insolvenz-Ausfallsgeld-Fonds und welche Erhöhung der Beiträge wird die nächste Bundesregierung zwingend vornehmen müssen, um diese Schulden wieder abbauen zu können?

- 14.) Wie werden sich die Arbeitslosenzahlen letzten Schätzungen zufolge bis Ende des Jahres und bis 1995 entwickeln?
- 15.) Wie stehen Sie zur Äußerung von ÖGB-Präsident Verzetnitsch vom 23. Juli 1993, der gemeint hat, Österreich könne sich auch eine Arbeitslosenrate von 15% leisten? Wären Sie – im Gegensatz zur FPÖ – womöglich bereit, eine Arbeitslosenrate in dieser Höhe als eine temporär unvermeidliche Entwicklung auf dem Weg zur Gesundung unserer Wirtschaft zu akzeptieren?
- 16.) Wie werden Sie vorgehen, um die durch Arbeitslosigkeit bedingte Verarmung ganzer Bezirke (Imst, Lilienfeld, Neunkirchen: 11%; Lienz, Zwettl: 12%; Voitsberg, Oberwart, Neusiedl, Waidhofen/Thaya: 13%; Feldkirchen, Leibnitz, Wolfsberg, Leoben, Bruck/Mur, Gmünd, Mureck: 14%; Spittal/Drau, Völkermarkt: 15%;) möglichst abzuwenden?
- 17.) Halten Sie den starken Anstieg der Zahl von arbeits- und/oder obdachlosen und/oder hoffnungslos verschuldeten Landsleuten für eine Entwicklung, die enormen sozialen Sprengstoff in sich birgt und wenn ja, was werden Sie unternehmen, um diese gesellschaftspolitische Zeitbombe zu entschärfen?
- 18.) Welche Erhöhungen der Arbeitslosenbeiträge werden voraussichtlich für Arbeitnehmer und Arbeitgeber notwendig sein, wenn die durch die zunehmende Arbeitslosigkeit bedingte Erhöhung der Ausgaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung zur Gänze durch Beitragserhöhungen abgedeckt werden soll? Durch welche anderen, nicht aus den Arbeitslosenbeiträgen stammenden Mittel soll die Finanzierungslücke allenfalls geschlossen werden? Wie groß wird die Finanzierungslücke voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren sein?
- 19.) Haben Sie im Ministerrat
 a.) dem Steuerreformgesetz 1993
 b.) dem Kommunalsteuergesetz 1993
 c.) dem Kreditsteuergesetz 1993
 Ihre Zustimmung gegeben?

Wenn nein,
 wie begründen Sie Ihre Ablehnung?

Wenn ja,
 a.) wie können Sie es vor den Steuerzahlern verantworten, daß tausende Arbeitsplätze durch die Einführung der Kommunalabgabe in Gefahr geraten?
 b.) wie können Sie es vor den Kreditnehmern verantworten, daß viele eine doppelte Steuerbelastung (Kreditsteuer alt + neu) tragen werden müssen?
 c.) wie können Sie es vor dem Steuerzahler verantworten, daß diesem durch die Vorverlegung von Steuerfälligkeitsterminen im Jahr 1994 rund 13 Milliarden vorzeitig

aus der Tasche genommen werden?

- 20.) Ist Ihrer Meinung nach das Arbeitsübereinkommen der Koalitionsregierung, gebildet aus ÖVP und SPÖ, noch gültig?

Wenn nein, wann gab es welche Änderungen?

Wenn ja, wieso geht die Bundesregierung von der vereinbarten Budgetkonsolidierung ab?

- 21.) Um welchen Betrag wird das voraussichtliche Steueraufkommen des Jahres 1993 geringer sein als ursprünglich budgetiert?

Welche sind die Hauptursachen der Mindereinnahmen?

Mit welchen Mindereinnahmen muß für das kommende Jahr gerechnet werden?

Werden durch die zu erwartenden Mindereinnahmen Lücken im sozialen Netz entstehen und wenn ja, wie sollen diese Lücken gestopft werden?

- 22.) Welches Ergebnis haben die zwischen den Bundesministern geführten Verhandlungen zum Problemkreis Finanzierung des zweiten Karenzjahres bisher erbracht?

- 23.) Wie werden Sie die Interessen der Bundesminister für Finanzen und für Arbeit und Soziales bei der Verteilung der steigenden Kosten der Arbeitslosigkeit koordinieren?

Werden Sie sich bei den Gesprächen mit den beiden genannten Ministern angesichts der laut Prognosen zu erwartenden Reallohnverluste nachdrücklich dafür einsetzen, daß eine Überwälzung der erhöhten Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Arbeitnehmer und Betriebe durch eine wirksame Reform, die neben einer massiven Bekämpfung der Sockel- und Strukturarbeitslosigkeit umfangreiche Einsparungen im Bereich der Verwaltung vorsieht, hintangehalten werden kann?

Welche alternativen Finanzierungskonzepte werden Sie vorlegen?

- 24.) Werden Sie den Bundesminister für Arbeit und Soziales damit beauftragen, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der im Sinne der Bevölkerung die Pensionen in den nächsten Jahrzehnten (jedenfalls bis zum Jahr 2030) in der gewohnten Höhe sicherstellt?

Wenn nein,

warum wollen Sie dieses Problem entgegen den Versprechungen im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ einer zukünftigen Bundesregierung, die dramatische Beitragserhöhungen dann kaum noch umgehen wird können, anlasten?

- 25.) Was werden Sie unternehmen, um die explodierende Finanzschuld des Bundes (voraussichtliche Steigerung 91-96: 50%) zu bremsen?

- 26.) Im Jahre 1992 erreichte die österreichische Abgabenquote mit 43,4% einen historischen Höchststand. Die durch die zweite Etappe der Steuerreform versprochenen Erleichterungen werden nun bereits vor Inkrafttreten durch vielerlei Steuer- und Abgabenerhöhungen kompensiert.

Stimmen Sie dem zu, daß Sie das Ziel einer Erleichterung der Einkommen von Steuern und Abgaben klar verfehlt haben?

- 27.) Wie glauben Sie die prognostizierte Fast-Verdoppelung des geplanten Netto-Budgetdefizites von 66 auf 123 Mrd. von 1992 verantworten zu können und sind Sie sich der Tatsache bewußt, daß noch unsere Kindeskiner durch massiven Wohlstandsverzicht für die Folgen Ihrer Mißwirtschaft aufkommen werden müssen?
- 28.) Um die Einkünfte der Bauern wenigstens real konstant zu halten waren im vorigen Jahr bereits ÖS 1,9 Mrd. aus dem Katastrophenfonds zur Abgeltung der Dürreschäden nötig.
Wieviele landwirtschaftliche Betriebsführer haben 1992 die Bewirtschaftung ihres Hofes eingestellt?
Wer soll nach Ihrer Auffassung die Pflege dieser Kulturflächen in Zukunft übernehmen?
Werden Sie Direktzahlungen für ökologische Leistungen (Huber-Plan) bereitstellen, solange es noch bäuerliche Familienbetriebe gibt?
- 29.) Ist Ihnen bewußt, daß die ÖBB insgesamt ('Bundeszuschuß' + Investitionen) für jeden erwerbstätigen Österreicher alleine im Jahr 1993 mehr Geld ausgeben werden, als es diesen – laut ÖBB-Tarif – kosten würde, 20 mal von Wien nach Salzburg und zurück zu fahren?

Ist Ihnen bewußt, daß unter Zugrundelegung der Tatsache, daß die Kosten analog den Erlösen zwischen Güter- und Personenverkehr im Verhältnis 1,3:1 (Zahlen aus Bilanz 1992) geteilt werden, heuer jede Fahrt eines Passagiers (durchschnittlich 53 km) mit 109 S, jeder Personenkilometer mit knapp 2 S oder rund dem eineinhalbfachen Regeltarif subventioniert wird, im Güterbereich jede beförderte Tonne mit 386 S, was 1,9 S pro Tonnenkilometer entspricht?
- 30.) Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, um den Verkehrsminister dazu zu veranlassen, der Kosten- und Schuldenexplosion im Bereich der ÖBB (ÖS 22 Mrd. Schulden, weit über ÖS 30 Mrd. 'Bundeszuschuß', Kapitalausstattung in 2-3-stelliger Milliardenhöhe, Investitionswünsche von 150 Mrd.S !) Einhalt zu gebieten, zumal das vor einem Jahr beschlossene ÖBB-Gesetz offensichtlich bisher eher das Gegenteil bewirkt hat?

Was werden Sie angesichts dieser Zahlen unternehmen, um zu vertretbaren Relationen zwischen Kosten und Nutzen der ÖBB für den österreichischen Steuerzahler und die österreichische Wirtschaft zu gelangen?
- 31.) Was werden Sie unternehmen, um das Weiterbestehen (gleichgültig, ob in öffentlicher oder privater Hand) von für die lokale Wirtschaft notwendigen Nebenbahnen zu gewährleisten?
- 32.) Was werden Sie unternehmen, um der von Ihnen als vorrangiges Ziel deklarierten Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene trotz zuletzt gegenläufiger Tendenzen doch noch näher zu kommen?

- 33.) Wo bleibt die von Ihnen bereits unzählige Male angekündigte, für Wirtschaft und Wohnungssuchende gleichermaßen wichtige Wohnbauoffensive?
- 34.) Wie erklären Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, den Österreicherinnen und Österreichern angesichts der schamlosen proporzmäßigen Versorgung von roten und schwarzen Kanzleikräften und Parteigängern mit Vorstandsposten (wie jüngst bei der Neubesetzungen z.B. bei ÖBB und im "Verbund" geschehen - Profil: ein fein ausgewogener Proporzvorstand) den Bruch ihres in der Regierungserklärung gegebenen Versprechens, "auf die proportionale Besetzung von Posten und Leitungsfunktionen und das Abtauschen von politischen Einflußgebieten zu verzichten"?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung, jedenfalls aber zum frühestmöglichen Zeitpunkt, Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Wien, am 22. September 1993